

**Antrag
zur Förderung von Projekten und Maßnahmen
der Prävention und Intervention von
Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus**

Ministerium für Inneres
und Bundesangelegenheiten
Schleswig-Holstein
Rat für Kriminalitätsverhütung
IV 434 - Landeskoordinierungsstelle
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Telefon: (0431) 988 3130
Fax: (0431) 988 614 3130
E-Mail: Maria-Luisa.Ruecker@im.landsh.de

1 Antragsteller

Träger, Institution, Name:	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):	
Bankverbindung (Geldinstitut, Bankleitzahl, Kontonummer):	
Auskunft erteilt:	Telefon: Fax: E-Mail:

2 Angaben zum Vorhaben

Projektbezeichnung:
<input type="checkbox"/> Erstantrag <input type="checkbox"/> Folgeantrag, Angabe der Projektnummer:

Hauptthematik:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Rechtsextremismus | <input type="checkbox"/> Demokratiepädagogik |
| <input type="checkbox"/> Rassismus | <input type="checkbox"/> Antisemitismus |
| <input type="checkbox"/> Prävention | <input type="checkbox"/> Sonstiges |

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

2.1 Ausführliche Projektbeschreibung in einer Anlage mit folgenden Angaben darstellen:

- Kurzdarstellung
- Zielsetzung
- Art der Aktivitäten und Anzahl der Teilnehmer
- Ort des Projektes
- Beginn und Abschluss des Projektes
- gegebenenfalls Aussagen zu aktuellen Vorkommnissen mit rechtsextremen Hintergrund
- gegebenenfalls Nachweis über die fachspezifische Qualifikation des Projektbetreuers

3 Finanzierung

Gesamtausgaben lt. beiliegendem Finanzierungsplan _____ EUR

Hinweis: Wenn der Antragsteller für diese Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind hier die Ausgaben ohne Umsatzsteuer anzugeben.

4 Beantragte Zuwendung

Zu den Gesamtausgaben wird hiermit eine Zuwendung in Höhe von _____ EUR
(_____ % der Gesamtkosten) beantragt.

5 Beantragter Projektzeitraum (Bevilligungszeitraum)

vom _____ bis _____

- 6 **Der Antragsteller erklärt**, dass er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 des Umsatzsteuergesetzes berechtigt nicht berechtigt ist.

7 Als Anlagen fügt der Antragsteller bei:

- Projektbeschreibung (vgl. Nummer 2.1)
- Ggf. Satzung, Vereinsregisterauszug und Anerkennung der Gemeinnützigkeit
- Ggf. Stellungnahme des Kommunalen Präventionsrates

- 8 Hiermit wird versichert, dass durch die Realisierung des Vorhabens keine Folgekosten entstehen, die durch das Land Schleswig-Holstein getragen werden müssen.

- 9 Die Notwendigkeit der aufgeführten Ansätze zur Vorhabenrealisierung sowie die Ermittlung der Ansätze nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit werden hiermit bestätigt.

- 10 Die vorstehenden Angaben sind richtig und vollständig.

- 11 Es wird erklärt, dass mit der Maßnahme **noch nicht begonnen** wurde und auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides begonnen wird.

- 12 Nach § 2 Abs. 3 in Verbindung mit § 5 des am 28. Dezember 2013 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetzes (GVOBl. Schl.-H. S. 404) gewährt das Land Schleswig-Holstein Zuwendungen nach der Landeshaushaltsordnung nur, wenn die Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den festgelegten Mindestlohn von 9,18 Euro (brutto) pro Zeitzunde zahlen.

Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer im Sinne des Landesmindestlohngesetzes ist, wer sich durch einen privatrechtlichen Vertrag verpflichtet hat, in sozialversicherungsrechtlicher Form oder als geringfügig Beschäftigte oder Beschäftigter gegen Entgelt Dienste zu leisten, die in unselbständiger Arbeit im Inland zu erbringen sind.

Hingegen gelten Auszubildende, Umschülerinnen und Umschüler nach dem Berufsbildungsgesetz, Personen, die in Verfolgung ihres Ausbildungsziels eine praktische Tätigkeit nachweisen müssen, nicht als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer. Ebenfalls fallen Personen in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis nach § 138 Abs. 1 SGB IX nicht unter den Arbeitnehmerbegriff.

Dementsprechend verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Inland für die Dauer des Bewilligungszeitraumes mindestens 9,18 Euro (brutto) pro Zeitstunde zu zahlen.

In meinem/unseren Unternehmen kommt kein Tarifvertrag/folgender Tarifvertrag zur Anwendung: ...“

Name, Vorname
(in Druckschrift)

Rechtsverbindliche Unterschrift
(gemäß Vereinsunterlagen,
Geschäftsführung etc.)

Ort, Datum

Hinweis: Die voraussichtliche Höhe der Ausgaben ist auch dann anzugeben, wenn sie nicht aus der beantragten Zuwendung, sondern aus anderen Mitteln oder aus Zuwendungen anderer Stellen bestritten wird.

1.2 Aufstellung zur Finanzierung der Maßnahme

1.2.1 Eigenanteil

Hinweis: Auch die Verwendung des Eigenanteiles muss durch prüffähige Unterlagen belegbar sein.

Einnahmen/Erlöse aus der Maßnahme EUR
Eigenanteil des Trägers bzw. der/des Projektverantwortlichen EUR

1.2.2 Öffentliche Zuwendungen

Für die Maßnahme wurden bereits folgende weitere Zuwendungen beantragt bzw. bewilligt. Bereits bewilligte oder in Aussicht gestellte Beträge sind mit einem * zu kennzeichnen.

Zuschuss der Gemeinde/Stadt EUR
sonstige öffentliche Zuwendungen (Zuwendungen für denselben Zweck von mehreren Stellen des Landes sind nicht zu berücksichtigen) EUR

1.2.3 Beiträge oder andere Finanzierungsanteile Dritter (z. B. Stiftung, Sponsoring, Spenden (auch Sachspenden): EUR
--	-----------

1.2.4 Fehlbedarf (Zuwendung der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus) EUR
--	-----------

Finanzierung zusammen	_____ EUR
------------------------------	-----------